



Liebe Freundinnen und Freunde,

mit diesem Newsletter möchte ich Euch wieder über meine Arbeit im Bundestag sowie über aktuelle Geschehnisse in der Linksfraktion sowie in Bayern informieren. Weitergehende Informationen gibt es auch unter www.harald-weinberg.de. Für Rückfragen und Anmerkungen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen,

Harald Weinberg

- Mitglied des Deutschen Bundestages Fraktion DIE LINKE. Obmann im Ausschuss für Gesundheit, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit -

Inhalt:

1. Aktuelles aus Bayern2
1.1 Kindergipfel 2012 in Nürnberg	2
1.2 Einblicke statt Vorurteile. Kurdische Kulturtage in Nürnberg	2
2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE3
2.1 Schwarz-Gelb legt die Axt an der Krankenversicherung an.....	3
2.2 Das griechische Gesundheitssystem steht vor dem Kollaps.....	3
2.3 Krankenhäuser müssen ordentlich finanziert werden	3
2.4 Gute Krankenhäuser statt günstige.....	4
2.5 Bahr sollte selbst Patienten entlasten.....	4
2.6 PLAN B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau	4
2.7 Fiskalpakt verschärft die Krise	5
3. Sonstiges5
3.1 Neue Vorsitzende der LINKEN: Den Aufbruch organisieren.....	5
3.2 13 Tote bei Gefängnisaufrühr in Urfa – Bau neuer Gefängnisse ist die falsche Antwort..	6
4. Termine6
4.1 Themenfahrten der bayerischen Abgeordnetengemeinschaft nach Berlin	6
4.2 Harald auf Facebook.....	6
5. Kontakt zu Haralds Büros6

1. Aktuelles aus Bayern

1.1 Kindergipfel 2012 in Nürnberg

Bei der Abschlussveranstaltung des [Kindergipfels 2012](#) in Nürnberg habe ich mit anderen Bundestagsabgeordneten und den TeilnehmerInnen des Kindergipfels u.a. über die Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen mit Migrationshintergrund, ein Verbot der NPD und Mobbing von jungen Menschen in sozialen Netzwerken diskutiert. Es war beeindruckend zu sehen, wie engagiert und interessiert sich die Kinder und Jugendlichen nicht nur mit ihren eigenen Belangen und Interessen auseinandersetzen, sondern sich auch „über den Tellerrand hinaus“ mit Perspektiven einer solidarischen, friedlichen und nicht-rassistischen Gesellschaft auseinandersetzen.



- [Bericht von der Abschlussdiskussion](#)
- [Artikel über den Kindergipfel in der Nürnberger Zeitung](#)

1.2 Einblicke statt Vorurteile. Kurdische Kulturtage in Nürnberg

Von Martin Dolzer

„Wir sehen die Kulturtage als Brücke zwischen Vereinen, Organisationen und Menschen aus sämtlichen Kulturen. Sie sind eine gute Plattform für kurdische Künstler, Schriftsteller, Dichter, und Filmemacher“ so Ali Salim, einer der Initiatoren der Kurdischen Kulturtage in Nürnberg. „Die Kurden werden in den Medien und in der Öffentlichkeit oft nur im Rahmen von Protesten wahrgenommen. Wir wollen Menschen die Möglichkeit geben unsere Kunst und Kultur in all Ihren Aspekten aus erster Hand kennen zu lernen. Dabei streben wir eine positive Rückwirkung auf das tägliche Leben der kurdischen Migranten sowie die politische Situation in Kurdistan an“, schildert der 33-jährige Projektleiter. [...]



Der Bundestagsabgeordnete Harald Weinberg (LINKE), brachte in einem Grußwort zum Ausdruck, dass insbesondere für Kurden Politik und Kultur untrennbar miteinander verbunden sind. Weinberg kritisierte die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Er selbst erlebte im Verlauf einer Wahlbeobachtungsdelegation im Juni 2011 einen Anschlag aus Kreisen des Militärs auf die Bevölkerung in Sirnak aus wenigen Metern Entfernung. „Die Rechte der Kurden müssen endlich anerkannt werden“, so der Bundestagsabgeordnete. [DEN GANZEN ARTIKEL LESEN](#)

2. Aktuelles aus der Fraktion DIE LINKE

2.1 Schwarz-Gelb legt die Axt an der Krankenversicherung an

Das Thema klingt erstmal sperrig: "Ausweitung des Kartellrechts auf Krankenkassen". Aber genau in diesen schlecht verdaulichen Gesetzentwürfen ist Musik drin. Für die 70 Millionen gesetzlich Krankenversicherten könnte sich Wesentliches ändern, bis hin zur Privatisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung. Schwarz-gelb rüttelt an den Grundfesten des Sozialstaats. [WEITERLESEN](#)

- „[Widerstand bei der GWB-Novelle wächst](#)“ (Artikel des Berliner Informationsdienstes)
- „[Bundesregierung verteidigt Kartellrecht für Kassen](#)“ (Artikel der Pharmazeutischen Zeitung)

2.2 Das griechische Gesundheitssystem steht vor dem Kollaps

Die Gesundheitsversorgung in Griechenland wird auf das Niveau eines Dritte-Welt-Landes zurückgeworfen, das deutsche Gesundheitsministerium hat die Federführung für „Reformen“ übernommen.

Der Mythos, dass Griechinnen und Griechen mit deutschen Steuergeldern geholfen würde, wird von vielen Medien und Politikern gebetsmühlenartig wiederholt. Frei nach dem Motto: Auch wenn es gelogen ist, irgendwas bleibt schon hängen. So steht Deutschland nicht als Profiteur der Krise dar, sondern als „Zahlmeister“. Als solcher, so geht der Mythos weiter, dürfe man den

Empfängern Bedingungen vorgeben: Sparen bis es quietscht – und zwar bei Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und Rentnern, anstatt bei Reichen, Banken und Unternehmen. Die verheerenden Auswirkungen dieser Logik zeigen sich aktuell im griechischen Gesundheitssystem: es steht vor dem Zusammenbruch.

[WEITERLESEN](#)

- „[Finanzkrise in Griechenland: Keine Heilung auf Rezept](#)“ (taz-Artikel)



„Für die Griechen ist Geld da – und wir müssen sparen“

Aus der Bilderserie „Griechenland ist überall!“ | www.eu.dgb.de

Gestaltung: warenform, 123comics | © DGB Berlin-Brandenburg

2.3 Krankenhäuser müssen ordentlich finanziert werden (Pressemitteilung vom 14. Juni 2012)

„Immer mehr Krankenhäusern steht das Wasser bis zum Hals. Die Bundesregierung könnte das ändern, indem sie beispielsweise die Tariferhöhungen vollständig ausgleicht, macht es aber nicht“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss, den heute veröffentlichten „Krankenhaus Rating Report“ des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Weinberg weiter:

„Zehn Prozent der Krankenhäuser schreiben rote Zahlen. Die Daten des RWI wurden bereits 2010 erhoben, als die Sparmaßnahmen der Bundesregierung noch gar nicht gegriffen haben. Außerdem haben die Krankenhäuser seitdem wieder Kostensteigerungen zu stemmen. Daher geht auch das RWI von aktuell 15 Prozent Defizit-Krankenhäusern aus.“ [WEITERLESEN](#)

2.4 Gute Krankenhäuser statt günstige (Pressemitteilung vom 31. Mai 2012)

„Wenn Krankenkassen bestimmen, in welches Krankenhaus der Patient eingewiesen wird, kommt zum Schluss eine billige, aber keine gute Versorgung raus“, kommentiert Harald Weinberg Meldungen, wonach die Koalition die freie Wahl des Krankenhauses beschneiden will. Der Obmann der Fraktion DIE LINKE im Gesundheitsausschuss weiter:

„Das Vorhaben gleicht Zuckerbrot und Peitsche: Die Patienten sollen damit geködert werden, dass Ihnen die Krankenhauszahlung von zehn Euro am Tag erlassen wird. Dafür darf die Krankenkasse sie in die Klinik lotsen, die aus Kassensicht am geeignetsten - also am günstigsten - ist. Die Kassen handeln aus ihrer Sicht ja auch rational, wenn sie auf den Preis und nicht auf die Qualität achten. Denn die Koalition hat ihnen über Zusatzbeiträge einen harten Preiswettbewerb verordnet.“ [WEITERLESEN](#)

2.5 Bahr sollte selbst Patienten entlasten (Pressemitteilung vom 21. Mai 2012)

„Bahr sollte die Praxisgebühr und die Zuzahlungen abschaffen, wenn er es mit der Entlastung der Patientinnen und Patienten ernst meint. Er macht mit seiner FDP aber nur Show und schiebt den Kassen den schwarzen Peter zu“, kommentiert Harald Weinberg, Obmann der LINKEN im Gesundheitsausschuss, die Meldungen, Gesundheitsminister Bahr wolle die Krankenkassen verpflichten, Prämien auszuschütten. Weinberg weiter:

„Hätte die FDP ihren Worten Taten folgen lassen und im Bundestag der Abschaffung der Praxisgebühr zugestimmt, gäbe es in diesem Quartal bereits keine Praxisgebühr mehr. Neben der Praxisgebühr sollten außerdem sämtliche Zuzahlungen abgeschafft werden. Es ist unsinnig, von den Kranken mit Praxisgebühr und Zuzahlungen Geld einzutreiben, um es per Prämie an die Gesunden wieder auszuschütten.

Dass die Kassen Überschüsse lieber zurücklegen, als sie den Versicherten in Form einer Prämie zurückzugeben, ist Ergebnis schwarz-gelber Politik. Bahr muss sich das selbst zuschreiben. Denn über den Kassen schwebt immer das Damoklesschwert, Zusatzbeiträge erheben zu müssen und dann massiv Mitglieder zu verlieren. Um das zu vermeiden, ist es unter diesen politisch gesetzten Rahmenbedingungen nur rational von den Kassen, für schlechtere Zeiten eine Reserve anzulegen.“

2.6 PLAN B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau



Mitte Juni hat die Fraktion DIE LINKE. das Projekt „PLAN B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau“ gestartet. Die Grundthese lautet: Der ökologische Umbau kann nur dann gelingen, wenn er durchgehend als soziales und demokratisches Erneuerungsprojekt angelegt ist.

In den kommenden Monaten wollen wir mit allen Interessierten die zahlreichen offenen und strittigen Fragen auf www.plan-b-mitmachen.de diskutieren. Jede/r ist eingeladen, dort unsere Vorschläge zum sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft zu kommentieren und zu kritisieren – oder neue Ideen einzubringen. Eine „Frage der Woche“ greift zudem besonders kontroverse Themen auf.

Neben der Web-Debatte werden bundesweit Veranstaltungen stattfinden, die in eine Konferenz am 26./27. Oktober 2012 in Berlin münden.

Einfach auf plan-b-mitmachen.de vorbeischaun und mitdiskutieren. Wir freuen uns auf Kommentare, Kritik & Diskussionsbeiträge!

2.7 Fiskalpakt verschärft die Krise (Pressemitteilung vom 25. Juni 2012)

Der Nürnberger Bundestagsabgeordnete Harald Weinberg (MdB, DIE LINKE) wird gegen den Fiskalpakt stimmen. Seiner Ansicht nach trägt der Vertrag nicht dazu bei, die Eurokrise zu überwinden, weil er nicht an deren wirklichen Ursachen ansetzt: „Anstatt die Staaten zu disziplinieren müssen wir die Finanzmärkte disziplinieren und regulieren. Die durch den Fiskalpakt erzwungene Sparpolitik wird die Krise nicht lösen, sondern sie noch weiter verschärfen und auch in Deutschland zu einer Rezession führen.“

Der Fiskalpakt bedroht nach Weinbergs Einschätzung auch die Sozialstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten und somit das Europäische Sozialmodell. Eine Beteiligung der Krisenverursacher und deren Profiteure, zum Beispiel durch eine Millionärssteuer, ist nicht vorgesehen, auch eine Verbesserung der Einnahmen durch sozial gerechte Steuerpolitik kommt im Vertragstext überhaupt nicht vor. „Diese neuen haushaltspolitischen Regelungen werden alle EU-Mitgliedstaaten zu verschärftem Sozialabbau, zu Privatisierung staatlichen Eigentums sowie zu weiterem Abbau öffentlicher Leistungen zwingen“, so Weinberg. [WEITERLESEN](#)

→ „[Schützend vor die Kommunen stellen](#)“ – Dagmar Enkelmann und Ulrich Maurer, die 1. Parlamentarische Geschäftsführerin und der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, über Fiskalpakt, Schuldenbremse, Betreuungsgeld, Opposition, Kommunen und Verfassungsklage



Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag zeigt dem Fiskalpakt geschlossen die rote Karte – und wird vor dem Bundesverfassungsgericht versuchen, diesen Regierungsputsch gegen das Grundgesetz zu verhindern.

3. Sonstiges

3.1 Neue Vorsitzende der LINKEN: Den Aufbruch organisieren

Auf dem Bundesparteitag in Göttingen am 2. und 3. Juni wurden mit der Wahl von Katja Kipping und Bernd Riexinger zu unseren neuen Vorsitzenden die Weichen für einen neuen Aufbruch der Partei gestellt. Ich hoffe sehr, dass wir nun endlich zur Politik zurückkehren und die leidigen Personaldebatten hinter uns lassen. Dafür wünsche ich Bernd, Katja und uns allen viel Erfolg! Kurz nach ihrer Wahl haben die beiden ein „120-Tage-Programm“ vorgestellt, das ich für einen sehr guten Einstieg halte: „Den Aufbruch organisieren“ ([Text lesen](#) | [Video ansehen](#)). Zum Beispiel bietet sich nun in dem neu eingerichteten [Blog „Fragend schreiten wir voran...“](#) die Möglichkeit, strategische und inhaltliche Fragen zur Politik der LINKEN miteinander zu diskutieren.



3.2 13 Tote bei Gefängnisaufstand in Urfa – Bau neuer Gefängnisse ist die falsche Antwort

Aufgrund unwürdiger und menschenverachtender Haftbedingungen haben politische Gefangene am Wochenende im E-Typ-Gefängnis der in den kurdischen Provinzen der Türkei gelegenen Stadt Urfa ihre Zellen in Brand gesteckt. Dabei starben 13 Menschen, fünf wurden verletzt. Die Unruhen waren ausgebrochen, nachdem Wärter bei 40 Grad Hitze den Ventilator in einer Zelle für sechs Gefangene, in der sich 18 Personen befanden, abmontierten. [WEITERLESEN](#)

4. Termine

4.1 Themenfahrten der bayerischen Abgeordnetengemeinschaft nach Berlin

Die bayerische Abgeordnetengemeinschaft bietet in diesem Jahr noch mehrere thematische Bundestagsreisen von Bayern nach Berlin an. Alle Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung gibt es in diesem [Flyer](#). Die Termine und Themen im Einzelnen:

- **4. bis 7. Juli: Umwelt**

Eva Bulling-Schröter bietet diese Fahr für Interessenten an, die sich im Umweltbereich engagieren. Neben Stadtrundfahrt, Besuch des Reichstagsgebäudes und einem Fachgespräch mit der Abgeordneten sollen auch Umweltprojekte besucht werden. Abfahrtsort: Ingolstadt (mit dem Zug). Es kann in Nürnberg zugestiegen werden.

- **13. bis 15. September: Prekäre Beschäftigung**

Diese Fahrt richtet sich an prekär Beschäftigte sowie an Betriebsräte und Gewerkschaftler, die in diesem Bereich engagiert sind. Wir fahren von Passau aus mit dem Bus, Zustiegsmöglichkeit in Deggendorf. Bei Bedarf richten wir noch einen Zustieg in Nürnberg ein. (Wenn sich größere Gruppen anmelden kann man über einen weiteren alternativen Zustieg reden).

- **20. bis 22. September: Gesundheit**

Dieses Angebot von Harald Weinberg richtet sich an Beschäftigte in Krankenhäusern und im Pflegebetrieb sowie Tätige in anderen Bereichen des Gesundheitswesens, wie z.B. Heilpraktiker. Geplant ist unter anderem der Besuch im Bundesministerium für Gesundheit sowie ein gesundheitspolitisches Fachgespräch mit dem Obmann des Gesundheitsausschusses, Harald Weinberg. Abfahrtsort ist Nürnberg.

4.2 Harald auf Facebook

Aktuelle Termine und Informationen zu meinen Aktivitäten poste ich auch regelmäßig bei Facebook. Schaut einfach mal vorbei. [ZUM FACEBOOK-PROFIL](#)

5. Kontakt zu Haralds Büros

Wahlkreisbüro Nürnberg

Allersberger Str. 86

90461 Nürnberg

Telefon: (0911) 4505627

Telefax: (0911) 4505627

E-Mail: HARALD.WEINBERG@WK.BUNDESTAG.DE

Bürgerbüro Penzberg

Christianstr. 6

82377 Penzberg

Telefon: (08856) 8048 722

Telefax: (08856) 8048 723

E-Mail: HARALD.WEINBERG@WK2.BUNDESTAG.DE

Impressum

Dies ist der Newsletter von MdB Harald Weinberg, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel: 030/22772394, siehe: <http://www.harald-weinberg.de/impressum.php>